Umweltschutzbeirat nimmt gemeinsamen Antrag von Naturschutzbund-Obfrau und Landesbäuerin an

Ein gemeinsames Zeichen für einen sorgsamen Umgang mit Grund und Boden setzten die Naturschutzbund-Obfrau Hildegard Breiner und die Landesbäuerin Andrea Schwarzmann und brachten bei der Sitzung des Umweltschutzbeirats am 23.11.2018 einen Antrag ein. Anlass: Gleich mehrere große Ausbaupläne in die Grünzone im Walgau, aber auch im Rheintal.

In großer Sorge um einen haushälterischen Umgang mit Grund und Boden und im Bestreben, eine gute und nachhaltige Landwirtschaft und damit Lebensmittelproduktion im eigenen Land zu erhalten, stellten sie den Antrag, der Umweltschutzbeirat möge die Vorarlberger Landesregierung ersuchen,

- darzustellen, welche Projekte sich in einem Genehmigungs- oder Vorprüfungsverfahren befinden, für die Flächen aus der Landesgrünzone herausgenommen bzw. in „FS-Betriebserweiterung“ oä umgewidmet würden, sowie darzustellen, welchen Umfang diese Umwidmungen haben und welche Bodenbonität die betroffenen Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung aufweisen,
- dafür Sorge zu tragen, dass die Landesgrünzone in ihrer Funktion und Wirkung erhalten bleibt und darüber hinaus die nachhaltige Versorgung der Vorarlberger Bevölkerung mit ökologisch erzeugten heimischen Lebensmitteln forciert, sowie für die Naherholung und die landschaftliche Ästhetik gestärkt wird.

Die Begründung dazu ist im Antrag nachzulesen.

Das Gremium (als beratendes Organ der Landesregierung) hat den Antrag mit 2 Gegenstimmen (Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung) angenommen.



AS LANGAT Demo Ludesch BI Drohne (C) Thomas Legat 29.8.18.jpg